Pressemitteilung

Mainz, 12.6.2018

Apps, Emojis, Memes: Wie Islamisten Kinder in Sozialen Medien rekrutieren

Subtile Propaganda und offener Hass | Betreiber müssen Kinder besser schützen | Starke Zivilgesellschaft im Netz wichtig | Radikalisierung mit politischer Bildung entgegenwirken

Dschihadisten als Helden in Video-Clips, Aufrufe zu Terrorattacken in Memes, Kinder als Zielgruppe von Apps des "Islamischen Staats": Islamisten sprechen über das Netz immer jüngere User an. Wie der aktuelle Lagebericht zu Islamismus im Netz von jugendschutz.net zeigt, verbreiten sie ihre Botschaften in Diensten wie YouTube und Instagram, die in der Medienwelt von Kindern und Jugendlichen eine zentrale Rolle spielen. Auch Emojis, die beim Chatten beliebt sind, werden gezielt eingesetzt.

„Islamistische Propaganda setzt an Jugendkulturen an und holt Kids dort ab, wo sie sich täglich bewegen: in den Sozialen Medien", so Stefan Glaser, stellvertretender Leiter von jugendschutz.net. "Nicht immer springen einem Hass und Gewalt unmittelbar entgegen. Viele Angebote schüren unterschwellig menschenverachtende und demokratiefeindliche Haltungen." Glaser fordert, die Betreiber reichweitenstarker Plattformen seien in die Pflicht zu nehmen, nicht nur terroristische Inhalte zu löschen, sondern Kinder und Jugendliche auch pro-aktiv zu schützen.

„Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf eine unbeschwerte Teilhabe am digital-vernetzten Leben. Alle Kinder und Jugendlichen sollten demokratiefeindliche Inhalte im Netz erkennen können und lernen, wie sie damit umgehen können", betont Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey. "Das Bundesfamilienministerium unterstützt deshalb Akteure, die Kindern und Jugendlichen mit Rat und Tat beim Umgang mit Online-Inhalten zur Seite stehen und die Demokratie und Vielfalt im Netz stärken", so Frau Dr. Giffey weiter.

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, sieht einen großen Bedarf an innovativen Konzepten für die politische Bildung. "Pädagogische Fachkräfte brauchen Informationen und zeitgemäße Praxismodule, damit sie Jugendliche bei der kritischen Einordnung islamistischer Propaganda unterstützen können." Aber auch die Netzgemeinde müsse Akzente setzen. "Userinnen und User, die sich engagieren und online permanent Flagge gegen Hass und Gewalt zeigen, sind ein ganz wesentliches Signal für eine freiheitliche und selbstbestimmte Gesellschaft – auch im Internet."

2017 dokumentierte jugendschutz.net im Themenfeld Islamismus 786 Fälle (2016: 651) mit über 1.547 Verstößen (2016: 1.497). Meist wurden Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, zum Beispiel vom "Islamischen Staat", unzulässige Darstellungen von Gewalt und menschenwürdeverletzenden

Pressekontakt:
Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200
Fax +49 (0)228 99515-293
presse@bpb.de
www.bpb.de/presse

Pressemitteilungen der bpb abonnieren/abbestellen:
www.bpb.de/presseverteiler

Pressemitteilung

Mainz, 12.6.2018

Szenen, z. B. Hinrichtungsvideos oder die Vorführung von getöteten Menschen als Trophäen, verbreitet.

Der Lagebericht 2017 zu Islamismus im Internet von jugendschutz.net kann heruntergeladen werden unter www.hass-im-netz.info/Bericht2017.

Über jugendschutz.net
Als gemeinsames Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Jugendschutz im Internet recherchiert jugendschutz.net Gefahren und Risiken in jugendaffinen Diensten. Die Stelle drängt Anbieter und Betreiber, ihre Angebote so zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche sie unbeschwert nutzen können. Im Rahmen seiner Arbeit zum politischen Extremismus recherchiert jugendschutz.net islamistische Angebote im Netz. Der Bereich wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!".

Kontakt
jugendschutz.net
Stabsstelle Kommunikation
E-Mail: presse@jugendschutz.net
Tel.: 06131-328520
www.jugendschutz.net

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern

Die Bundeszentrale für politischen Bildung/bpb bietet zahlreiche Hintergrundinformationen zum Thema Islamismus. Zudem fördert und unterstützt sie verschiedene Beratungs- und Informationsangebote, Präventionsmaßnahmen und gesellschaftliche Aktionen zur Förderung von Zivilcourage.

Pressekontakt:
Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200
Fax +49 (0)228 99515-293
presse@bpb.de
www.bpb.de/presse

Pressemitteilungen der bpb abonnieren/abbestellen:
www.bpb.de/presseverteiler